

1 Antrag Verteilungsgerechtigkeit

2

3 **Antragsteller: SPD-Kreisverband Tübingen**

4 **Adressat: SPD-Landesparteitag am 11.März**

5

6

7 Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen. Dagegen
8 halten wir als Sozialdemokraten eine Politik der gerechten Verteilung für notwendig, in diesem Sinne
9 sind uns besonders folgende Ziele wichtig:

10

11 1. Das Ausmaß der Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung, insbesondere die
12 Konzentration des Vermögens an der Spitze bei wenigen Superreichen muss zurückgeführt
13 und dadurch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen »Parallelwelten« der Vermögenden
14 aufgelöst werden. Zugleich müssen Wege gefunden werden, die fortschreitende
15 Finanzialisierung der Wirtschaft auszuhebeln. Der übermäßige Anstieg der Vermögen
16 gegenüber dem Wachstum der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss zurückgeführt und
17 dadurch verhindert werden, dass die Ansprüche der Vermögenden auf den gemeinsam
18 erwirtschafteten Wohlstand zu Lasten anderer Einkommensgruppen weiter wachsen. Auch
19 müssen politische Instrumente gefunden werden, die Übermacht der Vermögensstarken
20 gegenüber anderen wirtschaftlichen Akteuren abzubauen sowie deren Vermögen wieder
21 stärker für Investitionen im realwirtschaftlichen Bereich heranzuziehen.

22 2. Reduziert werden muss die Spreizung bei der Einkommensverteilung; dabei müssen die
23 Einkommenslagen am unteren Rand gesichert und so Armut in der Bundesrepublik besser
24 bekämpft sowie die Einkommenslagen am oberen Rand »gedeckt« werden. Zwar sind in
25 einer arbeitsteiligen Wirtschaft und im Medium Geld die Verdienste der einzelnen nicht
26 berechenbar. Gleichwohl sollen sich die Beiträge der einzelnen zum wirtschaftlichen
27 Gesamtergebnis ihrer Betriebe und Unternehmen wie auch zur gesamten Volkswirtschaft in
28 deren Einkommen widerspiegeln. Dazu muss nicht nur die Spreizung der Einkommen auf
29 ein realistisches Maß zurückgefahren, sondern müssen auch die Lohnungleichheiten
30 zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen und zwischen Männern und Frauen bereinigt
31 werden.

32 3. ArbeitnehmerInnen wirken über ihre Lohnarbeit am gesellschaftlichen Wohlstand mit und
33 sollen über ihren Lohn an diesem angemessen beteiligt werden – und zwar alle.
34 ArbeitnehmerInnen, die in Vollzeit tätig sind, dürfen nicht von zusätzlichen Sozialeinkommen
35 abhängig sein und sollen eine ausreichende Alterssicherung erwarten dürfen.

36 4. Dass der Staat die Steuerpflichtigen nach deren Leistungsfähigkeit zur Finanzierung
37 öffentlicher Ausgabe heranzieht, ist gut begründet – und hat sich in der Bundesrepublik auch
38 gut bewährt. Die dementsprechende Steuerprogression hat aber in Deutschland an der
39 Spitze Schaden genommen und muss an eben der Spitze wieder hergestellt werden.
40 Notwendig ist es, unerwünschte Steuervermeidungsstrategien und Steuerflucht von den
41 Einkommensstarken zu verhindern sowie die Vermögen stärker bei der Bemessung der
42 Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen.

43 5. Obgleich das deutsche Bildungswesen im internationalen Vergleich gut ist, bestehen immer
44 noch zu große Unterschiede bei den Startbedingungen und im Verlauf von Bildung und
45 Ausbildung. Insbesondere ist die soziale Mobilität über die Generationen hinweg beschränkt,
46 so dass die Bildungserfolge immer noch von den Eltern auf ihre Kinder »vererbt« werden
47 und sich Bildungsungleichheiten verfestigen. Deshalb gilt es, die Chancen für Kinder aus
48 einkommensschwachen und bildungsbenachteiligten Familien in Bildung und Ausbildung zu
49 verbessern.

50

51 Deshalb beantragen wir folgende Positionen in das Bundestagswahlprogramm 2017 aufzunehmen
52 und im Bundestagswahlkampf offensiv zu vertreten:

53

54 1. Steuerpolitik

55 Wir wollen ein Steuersystem schaffen, das nicht nur ein ausreichend hohes Steueraufkommen zur
56 Finanzierung der öffentlichen Hand gewährleistet, sondern durch seine Belastungswirkungen und
57 Lenkungseffekte auch für eine stärkere Umverteilung sorgt:

58

59 Vermögenssteuer:

60 Wir wollen die Vermögenssteuer verfassungskonform wieder einführen und dabei durch
61 entsprechende Freibeträge dafür sorgen, dass angemessenes Wohneigentum von dieser
62 Steuer befreit bleibt.

63

64 Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer

65 Wir wollen die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen so gestalten, dass Erben
66 großer Vermögen weit stärker zur Kasse gebeten werden als bisher. Bei der Vererbung von
67 Betriebsvermögen soll eine Sicherung von Arbeitsplätzen über die Stundung der
68 Erbschaftssteuer und nicht über deren Erlass erreicht werden.

69

70 Grundsteuer

71 Die Grundsteuer soll so umgestaltet werden, dass sie einen deutlichen ökologischen Aspekt
72 gewinnt. Der ungenutzten Vorratshaltung von Bauland soll entgegenwirkt und eine intensivere
73 Nutzung von innerörtlichen Flächen erreicht werden. Damit soll dem Flächenverbrauch für
74 Siedlung und Verkehr entgegengewirkt werden.

75

76 Einkommensteuer

77 Wir wollen die Senkung des Spitzensteuersatzes rückgängig machen. Hohe Einkommen wol-
78 len wir weit stärker besteuern als bisher. Kapitaleinkommen wollen wir, wie andere Einkommen
79 auch, nach dem persönlichen Steuersatz und nicht mehr mit einem pauschalen Steuersatz
80 (Zinsabgeltung) besteuern.

81

82 Steuerhinterziehung:

83 Steuerbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen als bisher. Dazu wollen wir vor allem die
84 Finanzverwaltung personell verstärken. Betriebsprüfungen sollen bundesweit mit gleicher
85 Häufigkeit und Regelmäßigkeit erfolgen. Steuerflucht und Steuerhinterziehung muss –
86 insbesondere durch internationale Kooperation und Absprachen – noch effektiver und
87 dauerhaft bekämpft werden.

88

89

90

91 2. Vermögenspolitik

92

93 Eine stärkere Besteuerung der Vermögen und der Erbschaften allein wird den extrem hohen
94 Ungleichheiten bei den Vermögen nicht wirksam begegnen können. Wir halten deswegen eine
95 wirksamere Förderung der Vermögensbildung, eine Absicherung von kleinen Vermögen sowie den
96 Aufbau eines öffentlichen Vermögens für notwendig.

97

98 Wir wollen eine Verbesserung der staatlichen Vermögensbildung. Staatliche Prämien zur
99 Vermögensbildung sollten auf ihre Wirksamkeit und Kosteneffizienz überprüft werden, ggf. sollten
100 feste Einkommensgrenzen durch flexible Prämienmodelle abgelöst werden.
101 Mitarbeiterbeteiligungen sollten gefördert und für (möglichst) alle Rechtsformen gesetzlich
102 ermöglicht werden. Eigentumsähnliche Beteiligungen sollten gegenüber derivativen Anlageformen
103 steuerlich besser gestellt sein. Darlehen von privaten Darlehensgebern dürfen steuerlich und
104 rechtlich nicht benachteiligt sein.

105

106 Wir schlagen vor, einen Kapitalstock im öffentlichen Eigentum aufzubauen und die Renditen an die
107 BuB in Form einer sozialen Dividende steuerfrei und ohne Anrechnung auf Sozialleistungen
108 auszuzahlen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit gegeben werde, ihre Dividenden
109 in den öffentlichen Kapitalstock zu reinvestieren. Besonders sympathisch wäre die einmalige

110 Auszahlung der sozialen Dividende an junge Erwachsene als frei verfügbares »Startkapital« für ein
111 selbst bestimmtes Leben.

112

113

114

115 3. Finanzmarktpolitik

116

117 Das Geschehen an den weltweiten Finanzmärkten hat unmittelbaren Einfluss auf Zentrale Fragen
118 der Verteilungsgerechtigkeit. Eine aktive, gestaltende und regulierende Finanzmarktpolitik muss
119 daher zu einem wesentlichen Bestandteil sozialdemokratischer Politik werden. Wir fordern:

120

121 Es dürfen nur die Finanzprodukte angeboten und gehandelt werden, die den Interessen der
122 Realwirtschaft dienen und die Finanzialisierung der Ökonomie nicht weiter vorantreiben. Wir wollen
123 mehr Nachhaltigkeit bei der nationalen und globalen Geschäftstätigkeit erreichen und die „Casino-
124 Mentalität“ zurückdrängen. Der Handel mit Aktien und anderen Wertpapieren soll entschleunigt
125 werden, er soll sich am mittel- und langfristigen Erfolg eines Unternehmens orientieren. Der
126 Hochfrequenzhandel muss durch eine geeignete Transaktionssteuer (Modell TOBIN) verteuert
127 werden. Die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser muss unterbunden werden.

128

129 Diskriminierungsfreier Zugang zu den Finanz- und Kapitalmärkten ist als eine Voraussetzung zur
130 Demokratisierung des Wirtschaftssystems und einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung
131 anzusehen. Um der starken Informationsasymmetrie der Teilnehmer gerecht zu werden, bedarf es
132 wirksamen Verbraucherschutzes und asymmetrischer Rechte zugunsten von Kleinanlegern.

133

134 Von der Teilnahme am Zahlungsverkehr darf niemand aufgrund der Einkommens- oder
135 Vermögenssituation ausgeschlossen werden. Bei der Gewährung von Darlehen an Verbraucher
136 muss seitens des gewerblichen Darlehensgebers eine gewissenhafte Prüfung mit entsprechender
137 Haftung im Hinblick auf die Überforderung des Darlehensnehmers erfolgen.

138

139 Vorgänge auf öffentlichen Kapitalmärkten müssen für alle Beteiligten und alle Betroffenen
140 gleichzeitig und transparent erfolgen. Insiderhandel, Kursmanipulationen und sonstige
141 Vermögensdelikte müssen durch Regulierung und strafrechtliche Verfolgung eingeschränkt bzw.
142 verhindert werden. Klein- und Kleinstbeteiligten müssen gegenüber Groß- und
143 Mehrheitsanteilseignern wirksame Rechtsmittel außerhalb des zivilrechtlichen Rechtsweges
144 ermöglicht werden.

145

146 Anlage- und Versicherungsverträge mit langen Laufzeiten müssen durch gesetzliche Regelungen
147 für beide Vertragspartner eindeutig geregelt sein. Bei Vertragstypen mit (steuer-)gesetzlicher
148 Begünstigung muss eine Vergleichbarkeit für die Verbraucher gewährleistet sein,
149 Vertragsänderungen dürfen hier nicht einseitig erfolgen. Vertriebs- und Abschlussprovisionen sind
150 als Kosten des Anbieters zu sehen und sollen von diesem getragen werden. Verkaufsgespräche
151 dürfen nicht als Beratung bezeichnet und dargestellt werden.

152

153

154

155 4. Einkommenspolitik

156

157 Lohn- und Tarifpolitik

158 Wir wollen durch politische Anreize die Tarifbindung stärken und das Tarifvertragssystem
159 stabilisieren. Dadurch wird eine übermäßige Spreizung bei den Arbeitsentgelten verhindert.
160 Außerdem profitieren dann mehr Beschäftigte von den erfahrungsgemäß höheren Steigerung von
161 Tariflöhnen.

162 Wir verlangen von den Tarifparteien, der Schere bei den Löhnen entgegen zu wirken und dazu
163 insbesondere die Löhne in den unteren Lohngruppen anzuheben.

164 Die Instrumente der Leih-, Zeit- und Werkvertragsarbeit sind auf die gesellschaftlich sinnvolle
165 Nutzung zu beschränken. Prekäre Formen sind zu verhindern.

166 Wir fordern die Abschaffung oder zumindest Minderung der kalten Steuerprogression bis zum
167 mittleren Einkommensbereich, damit Tarifsteigerungen tatsächlich zu Nettoeinkommenszuwächsen
168 führen können.

169 Der Mindestlohn muss auch zukünftig zeitnah und realistisch angepasst werden.

170

171 Managergehälter

172 Wir wollen die Manager stärker in die Haftung nehmen. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile
173 dürfen nur bei einwandfreier Tätigkeit gewährt werden. Verschuldensabhängige
174 Schadensersatzansprüche müssen zu einer Herabsetzung der Erfolgsbeteiligung führen, selbst
175 wenn eine vertragliche Haftungsfreistellung vereinbart wurde. Bonuszahlungen für Manager müssen
176 an den langfristigen Betriebserfolg gebunden werden.

177

178

179

180 5. Sozial- und Gesellschaftspolitik

181

182 Die Sozialversicherung muss auf breitere Schultern verteilt werden. Daher fordern wir den Einstieg
183 in die „Bürgerversicherung“ bei der Kranken- und Pflegeversicherung. Ein weiteres Abweichen von
184 der Beitragsparität in der Sozialversicherung lehnen wir entschieden ab. Eine stark veränderte
185 Arbeitswelt kann die Beteiligung der Unternehmen am Sozialversicherungswesen durch einen
186 lohnunabhängigen Beitrag erforderlich machen.

187 Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus muss verhindert werden. Zudem werden wir die
188 Erwerbsunfähigkeitsversicherung weiter stärken.

189

190 Den finanziell besonders belastenden Herausforderungen der Familien muss wirksam begegnet
191 werden. Die Verringerung der gesetzlichen Rente durch Elternzeit muss durch Erziehungszeiten für
192 beide erziehenden und versorgenden Elternteile sowie durch beitragsfreie Rentenanwartschaften
193 aus dem Elterngeldbezug kompensiert werden. Die Pflege von Angehörigen darf nicht zur eigenen
194 Altersarmut führen, ergänzende Rentenansprüche müssen den Pflegenden gewährt werden.

195 Wir wollen, dass die Betreuung von Kindern kostenfrei ist. Dies zu gewährleisten, kann nicht allein
196 Aufgabe der Kommunen sein.

197 Wir werden das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting entwickeln, das sich an der Zahl der
198 Kinder und nicht am Trauschein orientiert.

199

200 Betroffene müssen staatliche Unterstützung unkompliziert und direkt in Anspruch nehmen können.
201 Transparenz hinsichtlich des sozialen Sicherungssystem und des Angebotes an sozialen Leistungen
202 muss durch lokale Beratungsstellen gewährleistet werden. Wir werden das Schonvermögen weiter
203 anheben.

204

205 Wohnen ist Grundrecht, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss durch den Staat
206 ermöglicht, gefördert und gewährleistet oder im Zweifelsfall selbst verwirklicht werden. Wir werden
207 die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einführen.

208 Der Weg zum Arbeitsplatz oder zur Bildungsstätte darf das zur Verfügung stehende
209 Haushaltseinkommens nicht über Gebühr belasten. Wir setzen uns daher für einen kostengünstigen
210 öffentlichen Personennahverkehr und die Übernahme der Schülerbeförderungskosten ein.

211

212

213

214 6. Europapolitik

215

216 Mittel- und langfristig müssen wir Verteilungsgerechtigkeit weit mehr als bislang im europäischen
217 Kontext denken. Die EU braucht ein soziales Fundament. Deshalb bleibt die Harmonisierung der
218 Finanz- und Sozialpolitik wesentliches Ziel. Die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer
219 muss vereinheitlicht werden. Ein Standortwettbewerb durch Unterbieten bei den
220 Unternehmenssteuersätzen zwischen verschiedenen Staaten ist im Sinn der Angleichung der
221 Lebensverhältnisse nicht zielführend und muss verhindert werden. Sozialstaatliche Leistungen
222 haben sich innerhalb der EU sehr unterschiedlich entwickelt, die nicht ohne Not vereinheitlicht

223 werden müssen. In einem ersten Schritt wollen wir aber eine europäische Arbeitslosenversicherung
224 einführen.
225
226
227
228
229 Antragsbegründung
230
231 Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen. Von dieser
232 Entwicklung besonders betroffen ist die Vermögensungleichheit. Dabei ist die Dynamik der Zunahme
233 ungebrochen, so dass die sozialen Ungleichheiten weiter wachsen werden, – wenn es nicht gelingt,
234 diese Dynamik durch geeignete Politikansätze zu stoppen und umzukehren. Für diese Politik steht
235 die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit ein. Ihr wird es im Bundestagswahlkampf vor allem
236 darum gehen, für die notwendigen Schritte für ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland,
237 Europa und weltweit politisch zu streiten und in Deutschland mehrheitsfähig zu machen. Dabei wird
238 sie sich allen Bestrebungen widersetzen, die politische Aufmerksamkeit von der wichtigen Frage der
239 sozialen Ungleichheiten auf Ressentiments gegen Fremde umzulenken und die politischen Konflikte
240 um eine gerechtere Verteilung in Konflikte zwischen »uns« und »anderen« umzudeuten.
241
242 Unterschiedliche Lebensentwürfe realisieren sich in unterschiedlichen sozialen Positionen. Diesen
243 sozialen Unterschieden und Ungleichheiten widersetzt sich sozialdemokratische Politik nicht
244 grundsätzlich; sie sucht diese aber am Maßstab der »sozialen Demokratie« zu orientieren: Eine
245 »soziale Demokratie« ist in einer Gesellschaft erreicht, in der alle Bürgerinnen und Bürger gleiche
246 Rechte und gleiche Möglichkeiten haben, an den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft
247 teilzuhaben und sich an deren Entwicklung zu beteiligen – und in der die Beiträge der einzelnen und
248 der sozialen Gruppen für das Fortkommen der Gesellschaft und für deren Wohlstand und Wohlfahrt
249 anerkannt werden. Bei allen sozialen Ungleichheiten sind sich in einer »sozialen Demokratie« alle
250 Bürgerinnen und Bürger zumindest in ihren gleichen Rechten und gleichen Chancen der Teilhabe
251 und der Beteiligung gleich. Von daher sind alle soziale Ungleichheiten in der »sozialen Demokratie«
252 so zu begrenzen, dass diese ursprüngliche Gleichheit gewährleistet wird. Außerdem muss für
253 maximale gesellschaftliche Durchlässigkeit gesorgt werden, so dass alle Bürgerinnen und Bürger
254 die Chance haben, ihre sozialen Positionen zu verlassen und prinzipiell alle anderen Positionen im
255 Gefüge der sozialen Ungleichheiten anzustreben. Als einer Partei, die ihre Wurzeln in der
256 Arbeiterbewegung hat und sich von daher auch heute den Interessen der arbeitenden Menschen
257 besonders verpflichtet weiß, besteht die SPD insbesondere auf die Anerkennung der Leistungen
258 derer, die ihr Einkommen aus der Erwerbsarbeit beziehen, mit ihrer Arbeit zum gesellschaftlichen
259 Wohlstand beitragen und über ihren Erwerb an diesem Wohlstand teilhaben.
260
261 Probleme der Verteilung dürfen gesellschaftlich nicht länger dadurch bewältigt werden, dass
262 ökologische Ressourcen stärker ausgebeutet und die Umwelt stärker mit Emissionen belastet
263 werden. Im Gegenteil: Um allen Menschen dieser Welt, aber auch um zukünftigen Menschen ein
264 angemesseneres Leben zu ermöglichen, müssen wir bei der Produktion des gesellschaftlichen
265 Wohlstands den Umweltverbrauch und die Umweltbelastung zurückfahren – und müssen dies auch
266 bei der Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands berücksichtigen. Im politischen Ziel
267 der »Nachhaltigkeit« war von Anfang an die sozialdemokratische Idee mitgedacht, dass eine
268 zukunftsfähige Umweltnutzung und -belastung mit einer gerechten Verteilung bereits in der
269 Gegenwart verbunden sein muss. Mehr Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten der
270 Einkommensschwachen gehen. Das gilt unter anderem für Kosten der Energie und Mobilität
271 genauso wie für die Gesundheit. In einer »sozialen Demokratie« haben alle Menschen die gleichen
272 Ansprüche auf die ökologischen Ressourcen und auf die Gestaltung ihrer gemeinsamen Umwelt –
273 und müssen diese gleichen Ansprüche auch bei einer größeren Nachhaltigkeit ihres gemeinsamen
274 Umweltverbrauchs und ihrer Umweltbelastung realisieren können. Zukunftsfähige Umweltnutzung
275 und Verteilungsgerechtigkeit sind für die SPD zwei Seiten der einen Medaille »Nachhaltigkeit«.
276
277 Vor den Anforderungen der »sozialen Demokratie« her ist das hohe Ausmaß an sozialen
278 Ungleichheiten in der Welt und in Europa, aber auch die sozialen Ungleichheiten in Deutschland
279 kritisch zu beurteilen. Durch das Ausmaß der Ungleichheiten, nicht zuletzt durch die Spreizung der

280 Einkommen und Vermögen werden nämlich die gleiche Teilhabe und Beteiligung verletzt, wird die
281 soziale Mobilität beeinträchtigt und die sozial gerechte Nachhaltigkeit verhindert. Dabei werden aber
282 nicht nur sozialdemokratische Gerechtigkeitsideale nicht erreicht. Vielmehr werden in der
283 Bundesrepublik der soziale Friede und die gesellschaftliche Zusammengehörigkeit, nicht zuletzt
284 auch die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit bedroht. In Europa und weltweit wirkt das Ausmaß
285 der Ungleichheiten destabilisierend; beeinträchtigt wird die politische Integration Europas und das
286 friedliche Zusammenleben der Völker. Gleichwohl wird das Ausmaß der sozialen Ungleichheiten
287 wegen deren ungebremsten Entwicklungsdynamik weiter wachsen. Die politische Herausforderung
288 in Europa und weltweit, aber eben auch in Deutschland bis auf die kommunale Ebene hinab besteht
289 deswegen darin, die sozialen Ungleichheiten zurückfahren und die Dynamik bei der Zunahme der
290 sozialen Ungleichheiten zu bremsen, mehr noch zu stoppen und umzukehren.

291
292 Dieser Herausforderung stellt sich die SPD: In den Zeiten der rot-grünen Bundesregierung hat sie
293 sich besonders für die Integration aller Erwerbspersonen in Beschäftigung und für größere
294 Bildungschancen für bildungsferne Haushalte eingesetzt. Womöglich hat sie dabei die Möglichkeiten
295 von Beschäftigung und Bildung für die Eindämmung der sozialen Ungleichheiten überschätzt – und
296 unterschätzt, wie Beschäftigung und Bildung von der Dynamik der sozialen Ungleichheiten dominiert
297 werden. In den vergangenen Jahren hat die SPD deswegen nach neuen verteilungspolitischen
298 Wegen gesucht und z.B. im Instrument des Mindestlohns einen gefunden, um die Motoren der
299 sozialen Ungleichheiten zu stoppen und das Ausmaß der Ungleichheiten zurückzufahren. Auf
300 diesem Weg wird die SPD politisch weitergehen – und weiß sich vor die große Aufgabe gestellt,
301 nach neuen, politisch eventuell schwer vermittelbaren und z.T. noch unbekanntenen Instrumenten zu
302 suchen, für diese politisch zu mobilisieren und sie umzusetzen, um die Entwicklungsdynamik der
303 sozialen Ungleichheiten, um allen voran die Zunahme der Vermögensungleichheit umzukehren.

304

305

306

307 Erläuterungen, Hinweise, Zahlen und Fakten

308

309 zur Erbschaftssteuer:

310 Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland jährlich rund 250 Milliarden Euro vererbt
311 werden. Die Einnahmen des Staates aus der Erbschaftssteuer lagen im Jahr 2015 aber bei lediglich
312 rund 6,5 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu betrug das Tabaksteueraufkommen im selben Jahr
313 allein fast 15 Milliarden Euro!

314

315 Zur Tarifpolitik:

316 Laut Hans-Böckler-Stiftung sind in den letzten Jahrzehnten die Löhne in Betrieben, in denen
317 Tarifverträge galten, deutlich stärker gestiegen als in den ungebundenen Betrieben.

318